

II- 4738 über Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2348 /J

1992 -02- 0 4

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Apfelbeck, Mag. Haupt
an den Bundesminister für Inneres
betreffend den bürokratischen Aufwand im Zusammenhang mit der
Verrichtung von Dienstfahrten

Den unterfertigten Abgeordneten sind Informationen zugekommen, wonach die Sicherheitswachebeamten der Bundespolizeidirektion Graz eigens um eine Genehmigung anzusuchen haben, um die - der jeweiligen Dienststelle zugeteilten - Kraftfahrzeuge auch tatsächlich zur Dienstverrichtung verwenden zu dürfen. Demnach muß vor Antritt jeder Dienstfahrt ein umfassendes Formblatt (Fahrbefehl) ausgefüllt werden, dessen Angaben schließlich von insgesamt vier Personen (Fahrer, Dienststellenkommandant, Abteilungs-kommandant und zuständiger Beamter des technischen Dienstes) mit Unterschrift zu bestätigen sind. Der jeweilige Fahrbefehl hat nicht nur Fahrtzeit (Abfahrt, Rückkehr), die Zahl der Insassen, den Kilometerstand, die getankte Kraftstoffmenge sowie die allfällige Ladung anzuführen, sondern auch den Fahrtweg (wobei "längere Stopps" sogar zu unterstreichen sind) genauest zu beschreiben. Letztlich müssen auch der Zweck der Fahrt bzw. die eventuelle Ausdehnung des Fahrauftrages eingehend begründet werden.

Da diese Praxis zweifelsfrei mit einem unverhältnismäßig großen bürokratischen Aufwand verbunden ist und daher unzweckmäßig erscheint, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Werden Sie im Hinblick auf die beschriebene Praxis die entsprechenden Veranlassungen treffen, damit der Antritt von Dienstfahrten künftig in unbürokratischer Weise erfolgen kann und, wenn nein, warum nicht?
- 2) Wenn ja: Welche Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang geplant?